



Vorsitzende:
Gesa Tiedemann

BA-Geschäftsstelle Mitte:
Marienplatz 8, 80331 München
Telefon: 233-21334
E-Mail: bag-mitte.dir@muenchen.de

München, den 27.11.2025

Protokoll der Bezirksausschuss-Sitzung am 26.11.2025

Ort: Städt. Berufsschulzentrum, Elisabethplatz 4
Zeit: 19.46 Uhr – 21.58 Uhr
Sitzungsleitung: Frau Gesa Tiedemann
Schriftführung: BA-Geschäftsstelle Mitte

A Allgemeines

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die endgültige Tagesordnung
Als Dringlichkeitsantrag aufgenommen wird:
 - 1.1 TOP D 1.5 BA-Mitglied: Verkehrssicherheit Schleißheimer Straße zwischen der Mitterwieser- und Hohenzollernstraße
Frau Schmidt begründet die Dringlichkeit dadurch, dass mit der betroffenen Baumaßnahme bereits im Frühjahr begonnen werden soll. Herr Kurrus erklärt, warum er keine Dringlichkeit sieht.
Der Dringlichkeitsantrag wird mit sechs Gegenstimmen **-mehrheitlich beschlossen-**
Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung **-einstimmig beschlossen-**
2. Genehmigung der Protokolle der Sitzung vom 29.10.2025
Die Niederschriften werden **-einstimmig genehmigt-**
3. Fragen an Polizei und Bezirksinspektion
 - 3.1 Frau Panahi Talkhestani fragt bei der in der Plenumssitzung anwesenden Vertreterin der Polizei nach, ob sie etwas von der Messerstecherei in der Georg-Birk-Str. nahe der Bushaltestelle vergangenes Wochenende mitbekommen hat. Dabei sei ein Jugendlicher schwer verletzt worden und ein Bürger berichtete, dass es dort wohl schon öfter zu Streitereien zwischen zwei Gruppen kam. Der Bürger befürchtet, dass Schwabing West ein Brennpunkt wird. Die anwesende Vertreterin der PI 13 erklärt, dass der Bereich eigentlich zur PI 43 gehört, aber dass sie sich bei den Kolleg*innen informierte und es sich um einen Streit zwischen jungen Erwachsenen, die sich vorher schon gekannt haben, handelte. Dabei kam es zu Verletzungen durch ein Messer. Außerdem ermittelt die Kriminalpolizei.

Zu früheren Streitereien zwischen den beiden Gruppen habe sie keine Informationen und auch Frau Tiedemann betont, dass die Nachbarschaftsbörse und das Jugendzentrum nichts davon wissen. Grundsätzlich soll man, wenn so etwas passiert, sofort die Polizei rufen.

- 3.2 Die anwesende Vertreterin der Polizei weist auf die Einbruchszeit, bedingt durch die dunkle Jahreszeit, hin. Auch im Bezirk gab es dieses Jahr schon Einbrüche. Sie appelliert an alle, aufzupassen und mitzuhelfen, damit man präventiv tätig werden kann. Bei verdächtigen Beobachtungen soll sofort die Polizei verständigt werden. Außerdem wurden Flyer zu diesem Thema ausgelegt.
4. Bürger*innenanliegen
- 4.1 Künstler*innen aus dem Kreativquartier berichten von einer Kündigungswelle der Mietverträge von ihren Ateliers bzw. Räumen in dem Viertel. Seitdem gab es bereits mehrere Gespräche mit der Stadtpolitik und anderen Vereinigungen, damit man auf die Situation aufmerksam macht. Viele Künstler*innen wissen nicht, wie es weitergehen soll und können sich die scheinbar nicht gerechtfertigten Mieterhöhungen nicht leisten. Die Eigentümer beziehen sich auf ein Gutachten der Stadt mit den zu fordernden Mieten. Dieses Gutachten wurde den Künstler*innen aber noch nicht vorgelegt. Sie appellieren, das einzig nicht kommerzielle Kunstareal in München zu erhalten und für alle gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Bei den open Studios nächste Woche kann sich jeder ein Bild von der Situation machen und vorbeikommen. Am Samstag um 17 Uhr wird es auch eine kleine Prozession durch das Areal geben, zu der alle herzlich eingeladen werden. Die Künstler*innen bitten um Unterstützung des BA. Auch könnte der BA Druck ausüben, dass das Gutachten vorgelegt wird. Frau Tiedemann betont, dass das Kreativquartier ein großartiges Viertel mit sozialem Engagement ist und der BA 4 dafür immer offen sein wird. Allerdings ist hauptsächlich der BA 9 dafür zuständig. Herr Rock informiert, dass es einen Antragsentwurf des BA 9 mit allen wissenswerten Fakten gibt, den der BA 4 unterstützen kann. Er wird das Schreiben an alle weiterleiten.

B Soziales und Bildung

0. Gäste im Unterausschuss
1. Anträge und Bürger*innenanliegen
2. Entscheidungen und Anhörungen
- 2.1 Bildungsbauoffensive – Maßnahmenbeschluss 2025; Ergebnisse gemäß Auftrag aus dem Beschluss zum Interfraktionellen Arbeitskreis Schul- und Kitabau und zur investiven Konsolidierung im Bildungsbau (Anhörung zum Beschlussentwurf) **Frist: 05.12.2025**
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
Der UA-Vorschlag wird **-einstimmig beschlossen-**
- 2.2 Mobile Kunst-Spiel-Aktionen 2026 und 2027 **Frist: 15.12.2025**
Beschlussvorschlag des UA: Vertagung in die Januar-Sitzung und Einladung der Organisator*innen in den UA.
Der UA-Vorschlag wird **-einstimmig beschlossen-**
- 2.3 Zuschuss aus dem Stadtbezirksbudget an die Initiative Lecture Performance für das Projekt „Agentin Noor Inayat Khan - Lecture Performance“ vom 26.11.2025 bis 31.12.2025
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.
Ein Zuschuss in beantragter Höhe (640,00 Euro) wird **-einstimmig beschlossen-**

- 2.4 Zuschuss aus dem Stadtbezirksbudget an den Elternbeirat des Städt. Willi-Graf-Gymnasiums München für die Gesundheits- und Präventionstage vom 01.12.2025 bis 06.07.2026
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.
Ein Zuschuss in beantragter Höhe (2.850,00 Euro) wird **-einstimmig beschlossen-**
3. Unterrichtungen
- 3.1 Antworten auf Anträge und Schreiben des BA
- 3.2 BA-Budget: Informationen zu bereits bewilligten Zuschüssen (Verwendungsnachweise und Sachberichte)
- 3.2.1 Absage des Mediatorenseminars an der Hermann-Frieb-Realschule
- 3.2.2 Elternbeirat der Grundschule an der Infanteriestraße für das Bewegungsangebot von April 2025 bis Juli 2025
- 3.2.3 Elternbeirat der Grundschule an der Infanteriestraße für die Streitschlichterausbildung im Schuljahr 2024/25
- 3.2.4 hpkj e.V. für den hpkj ACT vom 15.10.2024 bis 30.06.2025
- 3.2.5 Condrops e.V. für „Therapeutisches Reiten für junge suchtkranke Erwachsene von easyContact BW“ von April bis Dezember 2025
- 3.3 Stadtratsbeschlüsse und Beschlussvorlagen
- 3.4 Sonstige Unterrichtungen
- 3.4.1 Präsentation des Sozialreferats zu den Entwicklungen in der Sozialregion
- 3.4.2 Errichtung eines Hauses für Kinder mit 3 Krippen- und 3 Kindergartengruppen in der Nordendstraße 29a; Genehmigung des Nutzer*innenbedarfsprogramms; Anhörung zum Beschlussentwurf (Eilentscheidung)
- zur Kenntnis-**

C Bauen und Wohnen

0. Gäste im Unterausschuss
1. Anträge und Bürger*innenanliegen
- 1.1 Bürger: Einwendung zur geplanten Aufstockung des Bestandsgebäudes Clemensstraße 62a
Beschlussvorschlag des UA: Weiterleitung an die LBK.
Der UA-Vorschlag wird **-einstimmig beschlossen-**
2. Entscheidungen und Anhörungen
- 2.1 Erhaltungssatzung erweitern. Langzeitvermietung ausschließlich an Privatpersonen. (BA-Beschluss zur Erledigung der BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02823 aus der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 04 – Schwabing West am 25.06.2025)
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
Der UA-Vorschlag wird **-einstimmig beschlossen-**
- 2.2 Verbot der Kurzzeitvermietung von Wohnraum in Schwabing West (BA-Beschluss zur Erledigung der BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02826 aus der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 04 – Schwabing West am 25.06.2025)
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
Der UA-Vorschlag wird **-einstimmig beschlossen-**

2.3 Borschtallee 30:

Neubau eines Gebäudes mit Tiefgarage (Var. 1) – VORBESCHEID

(vertagt aus 10/25)

verlängerte Frist: 01.12.2025

Mehrheitlicher Beschlussvorschlag des UA: Es ist darauf zu achten, dass der Grundwasserhaushalt und die Grundwasserströmung nicht beeinträchtigt wird. Es kommt nur Wohnnutzung in Frage, wie im Antrag auf Vorbescheid beantragt. Ist der Abstand zur U-Bahn ausreichend? Wie ist das mit den Bäumen in Hinblick auf das Urteil Lindenschmitstraße? Bei der Genehmigung ist insbesondere der geplante Schulneubau zu berücksichtigen. Welche Auswirkungen hat das BV auf den Neubau des Schulcampus? Der UA schließt die Inanspruchnahme des Parks zur Umsetzung des Bauvorhabens aus (z.B. Baumfällungen auf öffentlichem Grund). Keine Eingriffe und Inanspruchnahme des öffentlichen Raums zur Umsetzung des Bauvorhabens. Der UA sieht die Bebauung in der beantragten Größe generell kritisch. Daher empfiehlt der UA die Ablehnung.

In der Plenumssitzung ist eine Vertreterin des Elternbeirats des Willi-Graf-Gymnasiums anwesend und sorgt sich um die Vereinbarkeit des Bauvorhabens mit dem geplanten Schulcampus der Ricarda-Huch-Realschule, des Willi-Graf-Gymnasiums und des Sophie-Scholl-Gymnasiums. Der Platz dort sei schon sehr begrenzt und die Idee dahinter war, das Gelände zu öffnen. Das geplante Bauvorhaben wäre direkt zwischen dem Luitpoldpark und dem Schulcampus. Auch in Hinblick auf die Schulwegsicherheit durch den Anwohner*innenverkehr, ist sie gegen das Bauvorhaben. Es wäre besser, wenn das Grundstück nicht für den Bau von Luxuswohnungen genutzt wird, sondern für die Öffentlichkeit.

Herr Kurrus erzählt von einem Gespräch mit der LBK. Die ehemalige Bewohnerin des Grundstücks sei verstorben und die Erben möchten nun ein neues Gebäude darauf bauen. Außerdem gibt es ein Gerichtsurteil, welches der LBK keinen großen Spielraum lässt und eine Bebauung grundsätzlich zulassen würde. Der Durchgangsverkehr bestehe auch jetzt schon. Wenn Interesse besteht, könnte die Stadt mit dem Eigentümer reden und das Grundstück eventuell abkaufen.

Frau Burwitz erläutert ebenfalls den Sachverhalt. Eine andere Nutzung als eine Wohnnutzung wurde vom BA und dann auch von der LBK abgelehnt. Genauso wie ein früherer Bauantrag. Daraufhin reichten die Erben Klage ein und es gab einen Termin mit dem Gericht, aber kein Urteil. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass das Vorhaben abgelehnt werden soll, da der Luitpoldpark das größte Naherholungsgebiet in Schwabing West ist und ein Wohnhaus mit vier Stockwerken und zwei Stockwerken Tiefgarage hier fehl am Platz sei. Ebenso müssten für den Bau viele Bäume, teilweise auch geschützte, gefällt werden, der Anwohnerverkehr nimmt zu und die Bewohner*innen der Pfennigparade können nicht mehr sicher zum Park gelangen. Herr Knauß schließt sich Frau Burwitz aufgrund der großen Versiegelung an und erinnert an das Urteil zur Lindenschmitstraße.

Im BA wird über einige Fakten kontrovers diskutiert.

Nichtsdestotrotz ist der BA ein beratendes Gremium und kann auch anders entscheiden als die LBK, betont Herr Schöнемann.

Herr Walny und Herr Lammers erinnern an die nationalsozialistische Vergangenheit des ursprünglichen Eigentümers des Hauses und sind für die Errichtung einer Gedenktafel. Herr Ostwald betont, dass das keinen Ablehnungsgrund darstellt für ein Bauvorhaben von den Erben.

Frau Panahi Talkhestani fragt sich, ob der tiefe Bau überhaupt aufgrund der U-Bahn oder des Grundwassers möglich ist.

Frau Tiedemann erklärt, dass es sich zunächst um einen Vorbescheid handelt und auch die LBK noch nicht weiß, wie sie damit umgeht. Es sei auch noch strittig, ob die Garage und die Terrasse zum Umgriff des möglichen Bauvorhabens gezählt werden. Vor allem die Höhe und der Eingriff in die Umgebung, um überhaupt mit großen Baumaschinen zum Grundstück zu gelangen, seien schwierig.

Herr Kurrus bekräftigt, dass der UA besprochen hat, dass kein Eingriff in das Grün außerhalb des Grundstücks gewollt ist.

Frau Tiedemann schlägt folgende Abstimmung vor: Entweder wird dem Vorhaben zugestimmt und die Fragen aus dem UA-Vorschlag als Ergänzung weitergeleitet oder das Vorhaben wird aufgrund der Fragen aus dem UA-Vorschlag abgelehnt.

Die Ablehnung des Vorbescheids verbunden mit den genannten Fragen wird

-mehrheitlich beschlossen-

Es wird einstimmig beschlossen, dass der Beschluss auch für die TOPs C 2.4 und 2.5 gilt.

2.4 Borschtallee 30:

Neubau eines Gebäudes mit Tiefgarage (Var. 2) - VORBESCHEID

(*vertagt aus 10/25*)

verlängerte Frist: 01.12.2025

Beschlussvorschlag des UA: Siehe TOP C 2.3.

Die Ablehnung des Vorbescheids verbunden mit den genannten Fragen wird

-mehrheitlich beschlossen-

2.5 Borschtallee 30:

Neubau eines Gebäudes mit Tiefgarage (Var. 3) – VORBESCHEID

(*vertagt aus 10/25*)

verlängerte Frist: 01.12.2025

Beschlussvorschlag des UA: Siehe TOP C 2.3.

Die Ablehnung des Vorbescheids verbunden mit den genannten Fragen wird

-mehrheitlich beschlossen-

2.6 Kathi-Kobus-Str. 28:

Aufstockung und Modernisierung des Wohngebäudes mit 2 Wohnungen sowie die Errichtung eines 5-geschossigen Wohngebäudes und Modernisierung und Umbau der Gewerbehalle zu 2 Gewerbeeinheiten (Kathi-Kobus-Str. 28-30 / Theo-Prosel-Weg 15) – VORBESCHEID

Frist: 17.12.2025

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.

Zu diesem Vorhaben sind Bürger*innen in der Plenumssitzung anwesend. Herr Kurrus stellt das Bauvorhaben vor. Herr Knauß ergänzt die Ausführungen und schlägt vor, die SoBoN für 40% zu beantragen. Dem widerspricht Herr Kurrus, da das wichtige Instrument aufgrund der Finanzsituation der Stadt aktuell eher schwierig ist und man das Risiko nicht eingehen soll, dass dann gar nicht gebaut wird. Herr Knauß betont, dass die Finanzsituation nicht Aufgabe des BA ist und man es in jedem Fall beantragen kann. Herr Schönemann berichtet, dass für die Finanzierung der SoBoN der Freistaat verantwortlich ist und es wieder ein Herbst- und Winterpaket mit neuen Geldern geben wird. Frau Felsch weist auf eine vertragliche Absicherung hin, falls die Gelder ausgehen.

Die Zustimmung wird

-einstimmig beschlossen-

Die Prüfung und Umsetzung von 40% SoBoN wird mit vier Gegenstimmen

-mehrheitlich beschlossen-

2.7 Speyerer Str. 21:

Nutzungsänderung einer Gewerbeeinheit in eine Großtagespflege

Frist: 17.12.2025

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

2.8 Kaiserstr. 47:

Umnutzung einiger Teilbereiche von reiner Ausstellungsfläche in Produktionsfläche

Frist: 17.12.2025

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

2.9 Georgenstr. 66:

Nutzungsänderung von Büro zu Wohnen (7 NE) im Erdgeschoss, Austausch der Fenster und Dämmen der hofseitigen Fassaden im Erdgeschoss

Frist: 17.12.2025

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

3. Unterrichtungen

3.1 Antworten auf Anträge und Schreiben des BA

3.2 Stadtratsbeschlüsse und Beschlussvorlagen

3.3 Aktuelle Bauanträge – Meldelisten der LBK

3.3.1 Baulisten Erstanträge KW 42 bis KW 45 und Vorbescheide KW 42

3.4 Sonstige Unterrichtungen

3.4.1 Rückzug des Bauantrags Clemensstr. 73

3.4.2 Vorbescheid Infanteriestr. 8: Teilnutzungsänderung eines best. Verwaltungsgebäudes in eine Hochschule mit Teilabbruch, Teilsanierung und Anbau (vgl. TOP C 2.2 04/25)

3.4.3 Energieberatung: Angebot für Kampagnen in Stadtvierteln

Herr Walny macht in der Plenumsitzung nochmals auf das interessante Angebot aufmerksam.

-zur Kenntnis-

D Mobilität und Verkehr

0. Gäste im Unterausschuss

1. Anträge und Bürger*innenanliegen

1.1 Bürgerin: Radverkehr vs. Autoverkehr

Mehrheitlicher Beschlussvorschlag des UA: Antwortschreiben an die Bürgerin mit dem Hinweis, dass bezüglich der ersten Frage auch der Oberbürgermeister Handlungsbedarf sieht und eine Änderung in Aussicht stellte. Trotzdem soll das Anliegen, bei dem es sich um die Kurfürstenstraße handelt, als Ergänzung eines BA-Schreibens von August 2025 an das MOR weitergeleitet werden. Zur zweiten Frage soll das MOR gebeten werden, ein Infoschild in der Teng- und Clemensstr. aufzustellen.

Der UA-Vorschlag wird

-mehrheitlich beschlossen-

1.2 Bürger: Verkehrssituation Kaiserstraße

Beschlussvorschlag des UA: Antwortschreiben an den Bürger mit dem Hinweis, dass die konkret genannte T-Kreuzung bereits nach modernem Standard gestaltet ist. Grundsätzlich ist die Verkehrssituation aktuell allgemein schwierig zu bewerten, da es zu viel Ausweichverkehr durch die größeren Straßenbaumaßnahmen in der Karl-Theodor- und Rheinstraße sowie den Baustellen in Clemens- und Hohenzollernstraße kommt.

Frau Schmidt berichtet in der Plenumsitzungen von der längeren Diskussion im UA. Neben dem gemeinsamen Nenner im UA-Vorschlag schlägt sie vor, dem Bürger zu antworten, dass die Situation auf dem Platz aus Sicht des BA 4 auch nicht gut ist, falls der Platz vor St. Ursula gemeint ist, hier aber der BA 12 zuständig wäre.

Der UA-Vorschlag mit der Ergänzung wird

-mehrheitlich beschlossen-

1.3 Bürger: Falschparker Bauerstraße

Beschlussvorschlag des UA: Weiterleitung an die KVÜ bezüglich der Falschparker. Das MOR soll gebeten werden, die Zickzack-Markierung zu prüfen.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

1.4 Bürger: Umwidmung des ehemaligen Standorts für Leihfahrräder der MVG am Bonner Platz
Beschlussvorschlag des UA: Der UA unterstützt den Vorschlag und hat das MOR bereits unterrichtet. Weiterleitung des Schreibens an das MOR mit der Bitte um Abdruck der Antwort an den BA.

Der Antragsteller ist in der Plenumssitzung anwesend und stellt sein Anliegen vor. Er fragt sich auch, ob die Stele noch abgebaut wird. Frau Schmidt erklärt den UA Vorschlag und versichert, dass die Stelen im gesamten Stadtgebiet noch entfernt werden.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

1.5 BA-Mitglied: Verkehrssicherheit Schleißheimer Straße zwischen der Mitterwieser- und Hohenzollernstraße

Beschlussvorschlag: Die Sanierung der Trambahngleise u.a. im Bereich Nordbad inkl. Anschlussbereich und Haltestelle in der Schleißheimer Straße wurde dem BA vor einiger Zeit vorgestellt und nun auf den Frühling 2026 verschoben. Kombiniert werden soll dies noch mit einer bisher nicht bekannten SWM Fernwärmemaßnahme in der Schleißheimer Str. nördlich der Hohenzollernstr.. Genau in diesem Bereich besteht Handlungsbedarf für die Verkehrssicherheit: Der BA hat im 01/21 bereits beschlossen, hier eine gefährliche Lücke im Radnetz durch eine Markierungslösung zu sichern. Zwischen Mitterwieserstr. und Hohenzollernstr. gibt es keinerlei Radinfrastruktur. Auf ca. 100 m hat die durchgängige Radinfrastruktur von mindestens Milbertshofen bis in die Innenstadt entlang der Schleißheimer Str. eine Lücke, die den Radverkehr in der schwierigen Kreuzung Schleißheimer Str./ Hohenzollernstr. ungeschützt dem Mischverkehr mit dem Autoverkehr überlässt. Die Stelle ist insbesondere für unsicherere Radfahrer*innen und (große) Kinder gefährlich. Durch eine Markierungslösung (Radstreifen, Radschutzstreifen) könnte der Radweg hier besser sicher geführt und geschützt werden, um diese Lücke zu schließen. Im 04/21 hat das Mobilitätsreferat geantwortet, dass "Basierend auf den letzten uns zur Verfügung stehenden Verkehrszählungen (vor Corona)" die Leistungsfähigkeit des Autoverkehrs um 30% reduziert werden würde bei der Spurreduktion und dies in der Abwägung abgelehnt werden wird. Zwischenzeitlich wurde die StVO angepasst mit einer Stärkung der ungeschützten Verkehrsarten, sowie liegen aktuellere Zahlen vor, nach denen der Autoverkehr (Modal Split Wegeanteil) in München um 10% gesunken ist zwischen 2017 und 2023, gleichzeitig der Anteil des Radverkehrs und Fußverkehrs um 3% bzw. 9% gestiegen ist. Daher ist anzunehmen, dass die negativen Auswirkungen einer sicheren Mindestinfrastruktur für den Radverkehr auf den Autoverkehr aktuell weniger wären. In diesem neuen Kontext soll nochmal dringlich geprüft werden, wie dem Kredo "Sicherheit vor Leichtigkeit" hier entsprochen werden kann und diese Markierungslösung im Rahmen der o.g. Sanierungsmaßnahmen in diesem Bereich auf der Straße markiert werden kann.

Frau Schmidt stellt in der Plenumssitzung den Inhalt des Antrags vor.

Herr Kurrus erinnert an die Empfehlung des MOR, auch aufgrund der Finanzlage und den absoluten Zahlen des Modal Splittings, wonach immer noch viele Wege mit dem Kfz zurückgelegt werden. Außerdem verweist er auf den Radweg in der Winzererstr. und andere Ideen zum Radweglückenschluss.

In der letzten Amtsperiode gab es viele Bürger*innenanliegen von Bürger*innen, die mit dem Rad in das Industriegebiet im Norden der Stadt fahren und sich an dieser Stelle einen Lückenschluss wünschen, erinnert sich Herr Walny.

Auch Frau Tiedemann weist auf die vielen Schulkinder hin, die diese gefährliche Kreuzung queren müssen und teilweise schieben. Genauso die Besucher*innen des Nordbads.

Herr Schön bezweifelt, dass die einfache Markierung eines Radwegs eine sichere Lösung ist, da immer wieder Kfz in den Sperrbereich fahren und gerade vor den Geschäften dort viele LKWs halten. Außerdem befürchtet er den Rückstau und die Verlagerung des Problems. Er ist dafür, eine ganzheitliche Lösung zu finden, die sich auf die ganze Umgebung bezieht.

Herr Schönmann sieht auch Vorteile in einer ganzheitlichen Lösung. Als Beispiele schlägt er die Umwandlung der Mitterwieserstr. in eine Einbahnstraße, ein Rechtsabbiegeverbot in die Hohenzollernstraße und die Schaffung eines gesicherten Radstreifens vor. Das könnte im Zuge der o.g. Baumaßnahmen umgesetzt werden, um danach eine bessere Situation vorzufinden.

Herr Schön befürchtet einen Mehrverkehr durch das Verbot des Rechtsabbiegens, da man dann über andere Straßen ausweichen muss, um z.B. in die Winzererstr. zu gelangen. Frau Tiedemann schlägt vor, ein Schreiben an das MOR zu richten mit dem Hinweis, dass die Ecke sehr gefährlich ist, vor allem für Kinder und Besucher*innen des Nordbads. Außerdem soll das MOR um Prüfung von Maßnahmen zur Lösung des Problems gebeten werden. Beispielsweise die Umwandlung der Mitterwieserstr. in eine Einbahnstraße, ein Rechtsabbiegeverbot in die Hohenzollernstraße und die Schaffung eines gesicherten Radstreifens auf der zweiten Spur. Die Maßnahmen sollen im Zuge der bereits geplanten Baumaßnahmen umgesetzt werden.

Dieser Vorschlag wird mit fünf Gegenstimmen

-mehrheitlich beschlossen-

2. Entscheidungen und Anhörungen

2.1 Empfehlungen zur Erweiterung des Elisabethplatzes

(BA-Beschluss zur Erledigung mehrerer BV- Empfehlung aus der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 04 – Schwabing West am 25.06.2025)

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

Der UA-Vorschlag wird bei zwei Gegenstimmen

-mehrheitlich beschlossen-

3. Unterrichtungen

3.1 Antworten auf Anträge und Schreiben des BA

3.1.1 Verkehrs- und Parksituation Bayernplatz (Rückmeldung des Bürgers zu Stellungnahme des BA; vgl. TOP D 1.3 10/25)

3.1.2 Behinderungen des Linienbusses 142 an der Kreuzung Rümmanstr./ Isoldenstr. (Antwortschreiben der MVG auf ein weitergeleitetes Bürgerinnenanliegen; vgl. TOP D 1.4 06/25)

3.1.3 Verkehrssituation Tengstraße (Antwortschreiben des Mobilitätsreferats auf ein weitergeleitetes Bürgerinnenanliegen; vgl. TOP D 1.2 10/25)

3.1.4 Nachrüstung von überdachten Sitzplätzen an Tram- und Bushaltestelle Scheidplatz Süd und Nachrüstung von Dynamischen Fahrgastinformationsanzeigen an den Tram- und Bushaltestellen Scheidplatz Süd und Kölner Platz

(Antwortschreiben der MVG auf zwei weitergeleitete Anliegen der Seniorenvertretung; vgl. TOP D 1.5 und D 1.6 10/25)

Beschlussvorschlag des UA: BA bittet um besondere Berücksichtigung des Kölner Platz wegen dem Bedarf von älteren Menschen, Kranken, Kindern etc..

Frau Schmidt greift diesen TOP in der Plenumssitzung auf und bittet um ein erneutes Schreiben an die MVG mit der Bitte, nach Möglichkeit doch eine dynamische Fahrgastinformationsanzeige am Kölner Platz aufzustellen, da hier speziell ältere Menschen, Kranke und Familien mit Kindern die Haltestelle nutzen.

Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

3.1.5 Schließung der Lücke im Fußgängerüberweg Ainmiller-/ Bauerstraße

(Antwortschreiben des Mobilitätsreferats auf ein weitergeleitetes Bürgerinnenanliegen; vgl. TOP D 1.10 09/25)

Mehrheitlicher Beschlussvorschlag des UA: Klarstellung, dass BA eine ungesicherte Querung (Gehwegnase oder Aufstellfläche) beantragt hatte. Das wurde im Antwortschreiben nicht berücksichtigt. Lediglich der Zebrastreifen aus der Bürgeranfrage, wobei der BA schon wusste, dass ein Zebrastreifen nicht möglich ist.

Frau Schmidt stellt in der Plenumssitzung den Sachverhalt und den UA-Vorschlag vor.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

3.1.6 Carsharing - Mobilitätsstationen in Schwabing-West (Antwortschreiben des Mobilitätsreferats auf Anfrage der UA-Vorsitzenden)

Mehrheitlicher Beschlussvorschlag des UA: Das Carsharing wurde nachgebessert. Das Antwortschreiben soll an die Antragstellenden zu den Mobilitätsflächen der letzten Monate weitergeleitet werden.

Herr Kurrus weist darauf hin, dass die Antragstellenden der letzten Monate alle Stellplätze wieder zur Verfügung haben wollten und nun lediglich zwei Stellplätze vergeben worden sind.

Der UA-Vorschlag wird

-mehrheitlich beschlossen-

- 3.2 Verkehrsrechtliche Anordnungen
 - 3.2.1 Errichtung eines absoluten Haltverbots am Gustav-Landauer-Bogen
 - 3.2.2 Einrichtung einer Lieferzone in der Rheinstraße Höhe Hausnummer 31
 - 3.2.3 Einrichtung einer Lieferzone in der Rheinstraße Höhe Hausnummer 27
 - 3.2.4 Einrichtung von reinem Bewohnerparken in der Mainzer Straße zwischen Rheinstraße und Hörwarthstraße
 - 3.2.5 Anordnung von absoluten Haltverboten (Z 283 StVO) in der Belgradstraße 128 b-c
 - 3.2.6 Einrichtung eines allgemeinen Sonderparkplatzes für Menschen mit Schwerbehinderung in der Belgradstraße 77
- 3.3 Arbeiten im Straßenraum
- 3.4 Stadtratsbeschlüsse und Beschlussvorlagen
- 3.5 Sonstige Unterrichtungen
 - 3.5.1 Austausch der Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Belgrad-/ Karl-Theodor-Straße

-zur Kenntnis-

E Ökologie, Klimaschutz und öffentlicher Raum

0. Gäste im Unterausschuss

1. Anträge und Bürger*innenanliegen

- 1.1 Bürger: Verschlechterte Entsorgungssituation durch Neubauprojekt an der Rümmanstraße (Münchenstift)

Beschlussvorschlag des UA:

Vorgehensweise:

- 1 Antwortbrief mit Informationen bezüglich der Container und zum Plastikmüll. Die gelbe Tonne wird im gesamten Stadtgebiet eingeführt. Die Tonnen werden ab Mitte 2026 ausgegeben, bis Ende 2026 sollen alle Haushalte versorgt sein.
- 2 Die Frage, ob der bisherige Standort der Wertstoffcontainer „perspektivisch wiederhergestellt“ wird und generell nach der Planung in der Gegend, soll an die AWM bzw. das Entsorgungsunternehmen weitergeleitet werden.
- 3 Frage zu dem Briefkastenstandort: Soll an das Referat Arbeit und Wirtschaft weitergeleitet werden

Frau Tiedemann meint sich zu erinnern, dass es bereits eine Antwort der AWM zu diesem Punkt gibt. Sollte das der Fall sein, soll diese Antwort an den Bürger weitergeleitet werden.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

2. Entscheidungen und Anhörungen

2.1 Ökologie und Klimaschutz

- 2.1.1 Schleißheimer Str. 246: Antrag auf Fällung einer Vogelkirsche

verlängerte Frist: 28.11.2025

Beschlussvorschlag der Baumschutzbeauftragten: Empfehlung zur Ablehnung. Die angeführte und fotografierte Schädigung der Garagendecke passt nicht zum beschriebenen Hergang. Die Garagendecke wurde von unten nach oben eingedrückt, nicht durch einen Ast von oben. Es entsteht der Eindruck, dass der Baum bei der Sanierung der Garagen stört oder dieser im Weg steht. Dann muss aber der Fällantrag anders begründet

werden. Die Vogelkirsche ist am Stamm mit Efeu bewachsen, jedoch nicht weit in die Äste. Und es gibt kaum Totholz zu sehen. Vitalität kann im Winter wenig beurteilt werden, wirkt jedoch nicht besonders schlecht. Auch besteht keine Zustimmung für den Verzicht auf Ersatzpflanzung. Gegebenenfalls ist eine kleinere Wuchsordnung an anderem Ort des Grundstücks möglich.

Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

- 2.1.2 Lerchenauer Str. 3: Antrag auf Fällung eines Bergahorns **Frist: 01.12.2025**
Beschlussvorschlag der Baumschutzbeauftragten: Empfehlung zur Zustimmung. Abgelehnt wird jedoch die fehlende Bereitschaft für eine Ersatzpflanzung. Auf dem Grundstück südlich des Gebäudes (Richtung Hornstr. neben dem Supermarkt) sind weitere Standorte möglich, nicht überall ist es versiegelt oder existiert eine Tiefgarage.

Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

- 2.1.3 Schleißheimer Str. 229: Antrag auf Fällung zweier Wacholder **Frist: 05.12.2025**
Beschlussvorschlag der Baumschutzbeauftragten: Empfehlung zur Ablehnung. Der Antrag auf Fällung beruht auf der Annahme der energetischen Sanierung der Fassade. Die uns vorliegenden Unterlagen nehmen auf die Bäume dazu aber keinen Bezug. Es kann nicht mit einem Protokoll über die Abstimmung für ein Gutachten gerechtfertigt werden die Bäume zu fällen. Zudem befindet sich einer der Bäume mehr als einen Meter von der Fassade entfernt. Für den anderen, näher an der Fassade stehender Baum wurde bereits 2024 ein Fällantrag wegen angeblichem Borkenkäferbefall gestellt, auch das war nicht haltbar.

Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

2.2 Öffentlicher Raum

- 2.2.1 Projektaufruf zum Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt – Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln“ (*vertagt aus 10/25*) **Frist: 31.12.2025**
Beschlussvorschlag des UA: Nach einer Diskussion mehrerer Ideen wurde entschieden, dass der UA fraktionsübergreifend einen Antrag stellen möchte für ein Bürgerbeteiligungsverfahren über die Neugestaltung der neuen Freifläche am Elisabethplatz. Das Bürgerbeteiligungsverfahren würde nächstes Jahr stattfinden, der Antrag über das Förderprogramm muss aber bis Ende 2025 gestellt werden. Es würden max. 10.000 € als Fördersumme zur Verfügung stehen, 25% der Projektsumme müsste der BA zusteuern. Herr Kienast hat sich bereit erklärt, einen Antrag zu formulieren, der im Dezember zur Abstimmung gebracht werden kann.

Frau Tiedemann schlägt vor, den TOP in den Dezember zu vertagen, da bis dahin der Antrag von Herrn Kienast vorliegt.

Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

- 2.2.2 Müllkonzept öffentlicher Müll
(BA-Beschluss zur Erledigung der BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02816 aus der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 04 – Schwabing West am 25.06.2025)
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.
Der UA-Vorschlag wird mit einer Gegenstimme

-mehrheitlich beschlossen-

3. Unterrichtungen

3.1 Antworten auf Anträge und Schreiben des BA

- 3.1.1 Frage zu einer Baumaßnahme im Parkplatz Isoldenstraße/ Ecke Rümmanstraße (Antwortschreiben des Referats für Stadtplanung und Bauordnung auf das Schreiben eines Bürgers)

- 3.1.2 Einwand zur geplanten Errichtung einer öffentlichen Toilette am Hohenzollernplatz (Antwortschreiben der MVG auf ein Schreiben des BA)

3.2 Baumfällungen (Genehmigungs- bzw. Ablehnungsbescheide, Unterrichtungen Gartenbau)

3.3 Stadtratsbeschlüsse und Beschlussvorlagen

3.4 Sonstige Unterrichtungen

3.4.1 Modernisierungsarbeiten einer bestehenden Mobilfunkanlage am Standort Kaiserstr. 38

3.4.2 Ausnahmezulassung für Reinigungsarbeiten an den U-Bahnhöfen im Stadtgebiet

-zur Kenntnis-

Frau Tiedemann weist auf einen Artikel in der Rathausumschau zur Situation auf dem Hohenzollernplatz hin.

F Kultur und Wirtschaft

0. Gäste im Unterausschuss

1. Anträge und Bürger*innenanliegen

2. Entscheidungen und Anhörungen

2.1 Kultur

2.1.1 Zuschuss aus dem Stadtbezirksbudget an die Initiative Die Farben des Friedhofs für die Aktion „Die Farben des Friedhofs“ von Januar bis August 2026

Beschlussvorschlag des UA: Der UA hält die Idee zwar für interessant, jedoch gibt es keinen Friedhof im Viertel. Zudem ist die Preisaufstellung nicht nachvollziehbar und die Friedhofsatzung erlaubt keine Freizeitbeschäftigungen auf Friedhöfen. Deswegen ist der Antrag abzulehnen.

Ein Zuschuss in beantragter Höhe (7.850,00 Euro) wird

-einstimmig abgelehnt-

2.1.2 Zuschuss aus dem Stadtbezirksbudget an die Urbanauten für das Projekt „Spiel mich!“ vom 15.12.2025 bis 14.12.2026

Beschlussvorschlag des UA: Der UA unterstützt das Projekt grundsätzlich, möchte als Spielort aber den Hohenzollernplatz festlegen und nicht den Ackermannbogen oder den Platz vorm Nordbad, wie im Antrag angekündigt. Außerdem ist der Unterricht nicht nachvollziehbar und soll von der Summe abgezogen werden. Der UA stimmt für eine Unterstützung in Höhe von 3.000,00 Euro.

Ein gekürzter Zuschuss in Höhe von 3.000,00 Euro wird

-einstimmig beschlossen-

2.1.3 Finanzierung des Schäffler-Tanzes am 09.01.2026 um 16 Uhr auf dem Hohenzollernplatz
Beschlussvorschlag des UA: Der UA unterstützt den Antrag in Höhe von 738,30 Euro und beschließt im Umkreis um den Hohenzollernplatz Werbung zu machen. Eventuell gibt es auch Flyer- oder Plakatvorlagen von den Schäfflern, die dann aufgehängt werden können. Herr Rock erklärt sich bereit, dies abzuklären. Der UA stimmt für die Finanzierung des Antrags.

Die Finanzierung des Schäffler-Tanzes in Höhe von 738,30 Euro wird

-einstimmig beschlossen-

2.2 Wirtschaft

2.2.1 Rheinstraße 20: Genehmigung einer Freischankfläche

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

2.2.2 Hohenzollernstr. 37: Aufstellung von neuen Verkaufseinrichtungen auf öffentlichem Grund (Warenauslage)

Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.

Der UA-Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

2.3 **Veranstaltungen**

- 2.3.1 Winterfeuer am 06.12.2025 am Ackermannbogen
Beschlussvorschlag des UA: Zustimmung.
Der UA-Vorschlag wird

Frist: 28.11.2025

-einstimmig beschlossen-

3. **Unterrichtungen**

- 3.1 Antworten auf Anträge und Schreiben des BA

- 3.2 BA-Budget: Informationen zu bereits bewilligten Zuschüssen
(Verwendungsnachweise, Sachberichte)

- 3.2.1 Initiative "Mehr als Worte" für die Ausstellung "Mehr als Worte" vom 15.09.2025 bis 28.09.2025

- 3.3 Drehgenehmigungen

- 3.4 Unveränderte Fortführung von Gaststätten

- 3.4.1 Schank- und Speisewirtschaft in der Schleißheimer Str. 246

- 3.4.2 Schank- und Speisewirtschaft in der Hohenzollernstr. 152

- 3.5 Veranstaltungsgenehmigungen und Versammlungsanzeigen

- 3.5.1 Nachbarschaftsfest am 25.10.2025 in der Agnesstraße

- 3.5.2 Münchner Suitwalk am 01.11.2025 im Luitpoldpark

- 3.6 Stadtratsbeschlüsse und Beschlussvorlagen

- 3.7 Sonstige Unterrichtungen

-zur Kenntnis-

G BA-Angelegenheiten

- 1 Abfrage Hybridsitzungen 2026

Frist: 08.12.2025

Beschlussvorschlag: Zumindest bis zum Ende der aktuellen Amtsperiode möchte der BA 4 keine Hybridsitzung.
Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

- 2 Finanzierung der BA-Weihnachtsfeier

Beschlussvorschlag: Jede teilnehmende Person erhält einen 15 Euro Gutschein.
Insgesamt sollen 450 Euro reserviert werden.
Dieser Vorschlag wird

-einstimmig beschlossen-

- 3 Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2025 – 2029

-zur Kenntnis-

Aufgrund der anschließenden Weihnachtsfeier beginnt die nächste BA-Sitzung am 17.12.2025 bereits um 19:00 Uhr.

gez.
Gesa Tiedemann

gez.
BAG Mitte